

An den
Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Dr. Ing. Roberto Bizzo
Bozen

Bozen, den 18. Juni 2018

BESCHLUSSANTRAG

Deponien für das Aushubmaterial beim Bau der südlichen Zulaufstrecke des Brennerbasistunnels - Gemeinde Vahrn entlasten

Die Landesregierung hat mit Beschluss Nr. 3748 vom 20.10.2003 das Vorprojekt für die Zulaufstrecke zum Brennerbasistunnel Abschnitt Verona - Franzensfeste in den Gemeinden Franzensfeste, Vahrn, Brixen, Feldthurns, Villnöss, Klausen, Villanders, Lajen, Waidbruck, Kastelruth, Völser, Ritten, Karneid, Bozen, Leifers, Branzoll, Deutschnofen, Aldein, Auer, Montan, Neumarkt und Salurn mit einer Reihe von Auflagen genehmigt.

Mit Beschluss Nr. 82 vom 18.11.2010 wurde dieses Vorprojekt auch vom interministeriellen Preiskomitee CIPE genehmigt. Am 23.10.2015 wurde von Italferr beim Amt für Umweltverträglichkeitsprüfung das entsprechende Projekt für die südliche Zulaufstrecke zum Brennerbasistunnel - Baulos 1 (Franzensfeste - Waidbruck) eingereicht.

Mit Gutachten Nr. 37 vom 30. Dezember 2015 begrüßte der Umweltbeirat das vorgelegte Projekt, machte eine umfassende Zustimmung jedoch von der Erfüllung mehrerer Forderungen bzw. Auflagen abhängig.

Die Landesregierung genehmigte mit Beschluss Nr. 40 vom 19. Jänner 2016 das Einreichprojekt mit der Auflage, dass die im oben genannten Gutachten des Umweltbeirates festgelegten Auflagen samt den Ergänzungen der Landesregierung einzuhalten sind.

Nun stecken wir bereits in der Bauphase. Eine besondere Herausforderung stellen bei der Verwirklichung dieses Projektes die benötigten Deponieflächen dar. Anscheinend waren diese entweder zu klein bemessen; zu diesem Schluss muss man kommen, wenn man die jüngsten Diskussionen in der Gemeinde Vahrn verfolgt. Klammheimlich, zumindest ohne Information und Einbeziehung der Bevölkerung, wurde im Naherholungsgebiet "Gatschwald" eine beachtliche Fläche für das Aushubmaterial der BBT-Zulaufstrecke vorgesehen. Erst eine Bürgerinitiative brachte Licht in dieses Vorhaben und bewog den Gemeinderat von Vahrn nach einer gut besuchten Bürgerversammlung, sich einstimmig dagegen auszusprechen. Es war bezeichnend, dass die Aufklärung nicht so sehr durch die Gemeindeverwalter erfolgte, sondern durch den Vertreter der BBT-Beobachtungsstelle. Die Vertreter der Grundeigentümer und des örtlichen Bauernbundes gaben Einblick in Verhandlungen, von denen die Öffentlichkeit nicht oder kaum Bescheid wusste. Es blieb jedenfalls die Erkenntnis zurück, dass sich die Grundeigentümer seit dem Jahr 2003 redlich bemühen, einvernehmliche Ergebnisse zu erzielen. So beteiligten sie sich im Jahre 2004 nicht an Protestaktionen von Umweltverbänden, sondern suchten stets den Weg der Verhandlungen.

Am 16. Juli 2012 befasste sich die Landesregierung mit der Frage des Schottermanagements der BBT-Zulaufstrecke Franzensfeste - Waidbruck in der Zone "Forch" und dem im Eigentum des Landes stehenden Pulverlager in der Gemeinde Vahrn. Laut Niederschrift über die Sitzung verständigte sich die Landesregierung nach eingehender Beratung darauf, eine Ausschreibung durchzuführen, die sich auf den Schotterabbau und die Auffüllung der dadurch erzeugten Hohlräume mit dem nicht wiederverwertbaren Ausbruchmaterial aus den Tunnels beschränken soll.

Am 24. Juni 2013 legte Dr. Walter Huber den Plan "Schottermanagement Zone Forch" vor. Vorausgegangen waren mehrere Jahre intensiver Arbeit, wobei die Vorschläge der Grundeigentümer und des Schotterkonsortiums aufgenommen wurden. Obwohl dieser Plan zeitgerecht fertig war und sich viele Personen auch ehrenamtlich eingebracht hatten, wurde er von den Ämtern anscheinend torpediert. Die Umsetzung hätte die aktuelle Diskussion und viel böses Blut verhindern können.

Wenn jetzt krampfhaft nach neuen Deponieflächen gesucht werden muss, so sind die Ursachen innerhalb der Landesämter zu suchen. Anscheinend war der Plan von Dr. Walter Huber Mitgliedern des Umweltbeirates nicht bekannt, andere hingegen stehen im Verdacht, diesen hintertrieben zu haben. Diesen Verdächtigungen sollte auf den Grund gegangen werden. Tatsache ist, dass dies zu einem Vertrauensbruch mit den Grundeigentümern geführt hat und schlussendlich auch zu Zeitverzögerungen und Mehrkosten führen wird.

c/o Sigmar Stocker

Kirchgasse 62
I-39018 Terlan
Tel. 366-3801891

Info: die.freiheitlichen@postmail.southtirol.it
www.die-freiheitlichen.com

Landtagsfraktion

Silvius-Magnago-Platz 6
I-39100 Bozen
Tel. 0471 946 212

Fax 0471 946 201

Bei der jüngsten Bürgerversammlung in Vahrn wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass es für zusätzliche Deponieflächen keine Zustimmung gibt. Da die Landesregierung stets erklärt hat, beim Bau des Brennerbasistunnels und seiner Zulaufstrecken die betroffene Bevölkerung zu informieren und einzubinden und da die Gemeinde Vahrn bereits jetzt große Belastungen zu tragen hat,

verpflichtet

der Landtag die Landesregierung,

- auf dem Gemeindegebiet von Vahrn keine zusätzlichen Deponieflächen für Aushubmaterial für den Bau des Brennerbasistunnels und seiner südlichen Zulaufstrecken zu genehmigen,
- stattdessen eine Lösung im Rahmen der Bezirksgemeinschaft zu suchen,
- sich mit Nachdruck möglichen Enteignungen aus „nationalem“ oder „internationalem“ Interesse zu widersetzen,
- alle Maßnahmen bezüglich Deponierung und Renaturierung in Absprache mit den Grundeigentümern und der Gemeinde zu treffen.

L. Abg. Ulli Mair

L. Sigmar Stocker

L. Abg. Walter Blaas

L. Abg. Roland Tinkhauser

L. Abg. Hannes Zingerle

L. Abg. Tamara Oberhofer